

Dringlichkeitsantrag D1

Antragssteller*innen: Melanie Rott (Mitte), Stephan Jegielka (Mitte), Leonard Diederich (Mitte), Kadriye Karci (Mitte), Elisabeth Wissel (Tempelhof-Schöneberg), Peter Varga (Lichtenberg), Petra Willemelis (Treptow-Köpenick), Ellen Brombacher (Mitte), BV Tempelhof-Schöneberg

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Öffentlicher Schulbau statt HOWOGE-Geldverschwendung

2
3 Die Partei Die Linke Berlin und die Fraktion der Linken im Berliner Abgeordnetenhaus setzen sich dafür
4 ein, dass die Einbindung der HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mbH für den Schulbau im Land Berlin
5 beendet wird. In Bau befindliche Projekte sind abzuschließen, alle anderen werden wieder vom Land
6 Berlin sowie den Bezirken direkt übernommen. Die Partei Die Linke Berlin und die Fraktion der Linken
7 im Berliner Abgeordnetenhaus fordern eine Aufklärung über die Kostenexplosion von HOWOGE-
8 Schulbauten und Sanierungen.

Begründung:

9
10
11
12
13 Das Land Berlin hat seit 2018 die HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mbH in den Schulbau im Land
14 Berlin eingebunden. Von den ursprünglich avisierten einer Mrd. Euro sind die Kosten mittlerweile auf
15 11,7 Mrd. Euro gestiegen.¹ Dieser Anstieg sprengt den Rahmen der Schulbauoffensive bei weitem und
16 gefährdet damit die Finanzierung von Erhalt, Sanierung und Neubau von Schulen durch das Land und
17 die Bezirke auf viele Jahre. Einer parlamentarischen Anfrage im Abgeordnetenhaus von Hendrikje Klein
18 ist zu entnehmen, dass die durchschnittlichen Kosten für einen Schulplatz bei der HOWOGE 150.000
19 Euro betragen, während sie bei den Schulbauten, die direkt vom Land oder den Bezirken erstellt
20 werden, ca. 100.000 Euro pro Schulplatz betragen.² Im Bundesdurchschnitt liegen die Kosten unter
21 50.000 Euro pro Schulplatz. Das bedeutet: Die HOWOGE baut 1,5-Mal so teuer wie das Land Berlin
22 und dreimal so teuer wie andere Bundesländer. Angesichts der gestiegenen Baukostenzinsen heißt
23 das, dass man um die Schuldenbremse zu umgehen, Milliarden an Zinszahlungen und noch höhere
24 Schulden in Kauf nimmt. Auch zur erhofften Beschleunigung im Schulbau durch die Hilfe der HOWOGE
25 ist es nicht gekommen: Land und Bezirke haben seit 2016 bereits 40.000 neue Schulplätze geschaffen,
26 die HOWOGE immer noch keinen einzigen.

27 Auch verfassungsrechtliche Bedenken sollten berücksichtigt werden: Die laut Landesverfassung
28 bestehende Zuständigkeit der Bezirke für die Schulen wird mit der Auslagerung ausgehebelt. Der
29 Schattenhaushalt von derzeit geplanten 5,6 Milliarden Euro könnte, analog zu den Vorgängen auf
30 Bundesebene, gegen das Grundgesetz verstoßen.

¹ Schreiben der Senatsverwaltung für Finanzen Berlin vom 08. September 2023, Fin BT 0042-12/2019 (9020 – 1203) an den Vorsitzenden des Hauptausschusses: Garantieverträge mit der IBB zugunsten des Schulbaus der HOWOGE – Fragen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, rote Nummer: 0049C, <https://www.parlament-berlin.de/adosservice/19/Haupt/vorgang/h19-0049.C-v.pdf>

² <https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/19/SchrAnfr/S19-18429.pdf>